

Offener Brief anlässlich des am 16.04. geleakten „Vorschlags- Buchs“ zum effizienten Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen

Berlin, 21. April 2026

Sehr geehrter Bundeskanzler,

sehr geehrte Verantwortliche bei den Bundesministerien

**sehr geehrte Vertreter*innen von Bund, Ländern und kommunalen
Spitzenverbänden,**

am 16. April hat der Paritätische Wohlfahrtsverband das oben genannte Papier geteilt, in welchem Sie weitreichende Kürzungen in den Leistungen der Jugend- und Eingliederungshilfe aushandeln.

Das Arbeitspapier stellt einen weiteren traurigen Höhepunkt in einer Kette von Vorschlägen dar, die das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einer entwürdigenden Kostenlogik unterordnen. Diese in vielerlei Hinsicht gefährliche Entwicklung hatten wir wiederholt in Stellungnahmen kritisiert.

An diese Praxis knüpft das Arbeitspapier unvermittelt an: Es nimmt auch offensichtliche Brüche mit Verpflichtungen aus der UN-Behinderten- sowie Kinderrechtskonvention und dem Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes in Kauf. Es spielt mit dem historisch gefährlichen Bild des behinderten Menschen als Kostenfaktor. Es ignoriert alle Hinweise vonseiten der Wissenschaft oder der „Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform“ für nachhaltige Einsparungen in der Eingliederungshilfe und stellt allein auf Leistungskürzungen ab.

Dass der Vorschlag im Geheimen entwickelt werden sollte, ist bereits für sich ein Offenbarungseid. Die Bundesregierung bestätigt damit zudem erneut, wie sie zu Partizipation – ebenfalls ein Gebot der UN-BRK – steht.

Die zivilgesellschaftliche Reaktion auf den Modus Operandi, Sparpotenzial besonders bei Kürzungen von Leistungen für marginalisierte bzw. vulnerable

Pressekontakt:

Wiebke Schär
ISL-Geschäftsführung
Leipziger Straße 61, 10117 Berlin
E-Mail: presse@isl-ev.de
Tel.: 030/4057 1413

Gruppen zu identifizieren und dabei völker- und verfassungsrechtliche Bedenken außen vor zu lassen, fiel diesmal heftiger aus. Die ISL freut sich über die vielfach geäußerte sachliche Kritik, die Rückbesinnung auf den Schutz von Minderheiten und die ausgedrückte Solidarität.

Angesichts der vielen Energie, die die ISL in Stellungnahmen, in Gremien und in politischen Aktionen im vergangenen Jahr eingebracht hat, ohne dass sich die skizzierte Herangehensweise der Bundesregierung geädert hat, sehen wir von einer fundierten Auseinandersetzung mit dem „Vorschlagsbuch“ ab.

Demokratie braucht Inklusion. Übernehmen Sie Verantwortung für einen modernen demokratischen Sozialstaat, der diesen Namen verdient.

Dessen Gegner*innen stehen in den Startlöchern.

Die „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)“ ist eine menschenrechtsorientierte Selbstvertretungsorganisation und die Dachorganisation der Zentren für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen. Sie wurde nach dem Vorbild der US-amerikanischen „Independent Living Movement“ gegründet, um die Selbstbestimmung behinderter Menschen auch in Deutschland durchzusetzen.

V.i.S.d.P. Florian Preussger

Pressekontakt:

Wiebke Schär
ISL-Geschäftsführung
Leipziger Straße 61, 10117 Berlin
E-Mail: presse@isl-ev.de
Tel.: 030/4057 1413